

Mit amtlichen Schlusskursen.

Volksrecht

Morgen-Ausgabe

Verlagspreis: monatlich 3 G.M. einschließlich Zustellungsgebühr... Halle-Saale

Donnerstag, 30. April 1925

Vor der Landtagsauflösung

Eine gebührende Abrechnung mit Braun

Die Aussprache im Preussischen Landtag

Berlin, 29. April.
 (Von unserer Berliner Schriftleitung.)
 Die Aussprache im Preussischen Landtag hat keine besonderen Höhepunkte, da man der Auffassung ist, daß die Auflösung bald erfolgen wird. Nebenfalls soll Herr Seegering alle Resolutionen für die Wahl getroffen haben, deren Termin der 14. oder besser noch der 7. Juni sein wird. Nun, wenn es wirklich dazu kommt, so werden sich die meisten Parteien und ihre führende Gesandtschaft wundern! Ist der Reichstag Herr Braun und sein Kabinett die maßgebende Kraft anzuerkennen, geht die Verneinung des Sozialdemokraten über die Möglichkeit zum neuen Reichspräsidenten von Berlin. Herr Seegering, der offenbar auch Funktionär des Metallarbeiterverbandes gewesen ist und diese Eigenschaft mit der Nachfolgerwahl des Herrn Müller verband, wird wohl sein Amt bis zum Abschluß der Wahl ausüben vermögen. Schließlich hat er sich solange von der Mühseligkeit am Reichstagsabend fern, wo er ein ganz gewöhnlicher, wenn auch nicht immer geliebter Gast war. Seine Verneinung zum Reichspräsidenten erfolgte so überraschend, daß in der politischen Aussprache des Landtages gar nicht mehr darauf eingegangen werden konnte. Somit hätte der deutsche Nationalrat die Würde der Kandidatur der Parteien der Weimarer Koalition noch einen dritten Berufungsfällen zuzuführen.

es kann für angeeignet halten, uns Sabotage vorzuerwerfen. Ausgesprochen von den Sozialdemokraten kommt dieser Vorwurf, die zum ersten Mal in diesem Landtag Sabotage geübt haben. Genau den gleichen Schritt hat die Sozialdemokratie in ihrem Verhalten gegenüber dem Ministerium Steyerwald getan, wo sie einen Vertrauensantrag einbrachte, um dann dagegen zu stimmen. Es kann und nicht verargt werden, gegen eine Oppositionsartikler Opposition zu treiben. Wir haben der Regierung keinen Zweifel über gelassen, daß wir sie mit allen geschäftsmäßigen Möglichkeiten in der Wahl der Minister aus der Kandidatur ausschließen werden, sondern die Schuld lag an der falschen Einstellung der Parteien der Weimarer Koalition. (Ständemittel Widerrecht und große Unruhe links und in der Mitte.) Von den Parteien dieser Koalition geht nach wie vor, weil sie eben noch eine geringe Widerrecht hinter sich hat. (Die Minister erscheinen im Saal und nehmen am Regierungstisch Platz.) Seit dem 23. Januar haben wir fünf Ministerpräsidenten gehabt: Braun, Marx, Müller, Müller, Müller und jetzt wieder Braun. Und alle fünf haben wir durch Parteien erhalten, die nicht die Mehrheit des Landtages haben. Das entspricht nicht dem Geiste des Parlamentarismus, den sie eingeführt haben. Das Weimarer parlamentarische Regierungssystem ist der Wahl der Minister aus der Kandidatur ausschließen Sie haben verfassungswidrig gehandelt, so wie sie es machen, bekommen sie keine Regierung. Das Zentrum will die große Koalition. Herr von Campe hat mit Stillschweigen erklärt, daß die Deutsche Volkspartei die große Koalition nicht will. Es ist beinahe der Wunsch gemacht worden, ein Zentrum in die Mitte zu bringen. Das Zentrum hat dann erklärt, jetzt bleibe nur noch die Weimarer Koalition als Ausweg übrig. Das ist ein Zugeständnis. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder ein Beamtinnenministerium oder die Auflösung.

allein den Parteien überlassen wollten, die die Revolution gemacht haben. Wir haben nicht die nötige Unterstützung gefunden. Deshalb sind wir schließlich aus der Weimarer Koalition ausgeschieden. Der Vorwurf, wir hätten die Regierungsbildung sabotiert, widerpricht auf das Schärfste den Tatsachen. Wir haben immer wieder neue Vorschläge gemacht. Die Tatsache, daß man mit Marx als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl rechnet, war der weitere Grund, daß ein Kabinett nicht gebildet werden konnte. Sie wissen also, daß ein Kabinett Marx nicht aufbauen konnte, weil Herr Marx den Anschluss nach links suchte. Herr Braun sagte getreu, die Kabinettbildung sei unmöglich gemacht worden, trotz weitestgehenden Einverständnis der Parteien. Wie ich schon gar nicht bekannt. Ich darf bitten, uns anzugeben, worin dieses weitestgehende Einverständnis bestanden haben soll. Ich weiß nur eins, daß man uns gefragt hat: Stellt euch unter die Weimarer Koalition? Herr Braun hat weiter behauptet, die Oppositionsparteien würden von bestimmten Tendenzen geleitet. Herr Ministerpräsident, das war nicht die Rede eines Staatsmannes.

Das war eine reine parteipolitische Rede! (Große Unruhe links.) Wenn Sie trotzdem vorzugehen, daß keine dieser Oppositionsparteien zur Kabinettbildung bereit werden, so betrachte ich Ihnen, daß diese Möglichkeit noch vorliegt. Vom rein parlamentarischen Standpunkt aus ist es wünschenswert und absolut unparlamentarisch, uns als neues Kabinett ein alternatives Kabinett, welches ein Ministerpräsidenten ernennen sollte. Ich habe mich in der letzten Sitzung nicht geäußert, sondern mich zurückgehalten. Wenn Sie weiter diesen anderen Weg gehen, werden Sie nicht als die Regierung, sondern als die Regierung betrachtet werden, aber nicht als die Regierung.

Der zehnte Satz des Beschlusses, der Abgeordnete Seß, war zu beachtlich, daß er sich nicht verweigerte, den deutschen Nationalrat zu unterstützen, sondern alles Mögliche zum Durchgang herbeizuführen, um sich wenigstens einen einigermaßen erträglichen Weg zu sichern. Der sozialistische Führer ist prominent durch einen Aufbruch der Sozialdemokraten, und er ist insofern Grund genug, dem Wunsch der Linken etwas zu weit entgegen zu kommen, als er erkennen ließ, ebenfalls auch ein Beamtinnenministerium seinen Sozialdemokraten mitzuführen. Man wird ihm in diesem Falle tustlicher Herr Seegering präsentieren, und seine Partei wird, wie die deutschen Nationalen, die sich an sich mit einem Beamtinnenministerium abfinden würden, die Resolution, die darin liegen würde, nicht entgegen können.

(Redakter Brief links.) Aufse: Bezeichnen Sie doch die Aufstellung! Ich, das werden wir nicht tun, wenn wir auch der Partei sind, hat eine Remach nach der Voraussetzungen der deutschen Nationalen als stärkste Partei wiederlegen werden. (Große Unruhe und Lachen in der Mitte und links.) Das Zentrum will nicht mehr zur den Sozialdemokraten, zu einer durchaus sich selbst nichtigen Aufstellung aufkommen hat und bezieht sich an 20 Reichstagsentscheidungen allein in Berlin bezugslos. Weder als eigentümlich vor, es, daß der Ministerpräsident Braun von Jülich mit Braum in einer Linie nannte. Das hätte man allenfalls in Volkserklärungen und Berichten können. Wie hat er es wagen, eine ebensolche Erklärung zu geben? Was hat er sich dabei gedacht? Herr Seegering hat einmal erklärt, auch in der Opposition würde die Sozialdemokratie eine Wahl darstellen und hat bei dieser Gelegenheit die Opposition in der reinen Gestalt angegriffen. Angegriffen hat keinen Anlaß, uns Opposition zu dem Vorwurf zu machen! Der Landtag ist berechtigt, Anweisungen an die Staatsregierung zu erteilen. Der Beschluß des Landtages aber die Verherrlichung ist aber vom Kabinettministerium nicht in Widerspruch: Weder ausgeführt worden. Seegering hat erklärt, die Partei der 1914 zum Krieg geführt haben, hätten die Schuld an finanziellen Zusammenbruch. (Paul erklärt.) Ist das eine Sprache, wie sie ein Ministerpräsident führen soll? Warum hat das Staatsministerium den früheren Reichspräsidenten nicht diszipliniert bestraft? Der jetzige Reichspräsident.

Was war eine reine parteipolitische Rede! (Große Unruhe links.) Wenn Sie trotzdem vorzugehen, daß keine dieser Oppositionsparteien zur Kabinettbildung bereit werden, so betrachte ich Ihnen, daß diese Möglichkeit noch vorliegt. Vom rein parlamentarischen Standpunkt aus ist es wünschenswert und absolut unparlamentarisch, uns als neues Kabinett ein alternatives Kabinett, welches ein Ministerpräsidenten ernennen sollte. Ich habe mich in der letzten Sitzung nicht geäußert, sondern mich zurückgehalten. Wenn Sie weiter diesen anderen Weg gehen, werden Sie nicht als die Regierung, sondern als die Regierung betrachtet werden, aber nicht als die Regierung.

Eine kürzliche Aussprache im Landtage

Berlin, 29. April.
 (Eigener Drahtbericht.)
 Die Sitzung wurde am Mittwoch um 12.35 Uhr nachmittags eröffnet. Eine Reihe von mündlichen Berichten des Geschäftsführungsamtes wird zunächst ohne Aussprache erledigt. Sie haben die Mitteilung von Straßensachen zum Gegenstand. Nach weiterer Erledigung einer Reihe von Eingaben tritt das Haus in die politische Aussprache zur Regierungserklärung.
 Abg. Seib (Soz.) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.) Herr Seib (Soz.) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.)

Abg. Seib (Soz.) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.)

Die „brüderliche Hand“ der Kommunisten

Abg. Seib (Soz.) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.)

Abg. Lüdicke (Deutschnational):

Zug dieser wichtigen Verhandlung ist die Ministerkonferenz gegeben. Ist dies etwa alles im alten Sinne bereits vorgekommen? Nach der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Braun unterzeichnete sich das gegenwärtige, am 29. Februar gestellte Ministerium Braun in seiner Zusammenkunft nächste Regierung haben. (Große Unruhe links.) Abg. Lüdicke (Deutschnational) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.)

Abg. Seib (Soz.):

Zug dieser wichtigen Verhandlung ist die Ministerkonferenz gegeben. Ist dies etwa alles im alten Sinne bereits vorgekommen? Nach der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Braun unterzeichnete sich das gegenwärtige, am 29. Februar gestellte Ministerium Braun in seiner Zusammenkunft nächste Regierung haben. (Große Unruhe links.) Abg. Seib (Soz.) erklärt es für auffallend, daß auch die Deutsche Volkspartei, die 3 1/2 Jahre lang die Politik der Großen Koalition geführt hat, sich schließlich dem Willen der deutschen Nationalen gefügt habe und so ihr in eine völlige Abhängigkeit geraten ist. Der Redner bezieht im Anschluß daran eine Erklärung ab, in der dem Staatsrat Braun-Seegering das Vertrauen ausgesprochen wird, und in der ferner der Öffnung Ausdruck gegeben wird, daß es ihr gelingen werde, eine ationssfähige Regierung zu bilden, und daß sie alle durch die Verfassung gegebenen Mittel zu ihrem Zweck in Anwendung bringen werde. (Ständemittel Brief links.)

Abg. Dr. Seß (Ztr.):

Zug dieser wichtigen Verhandlung ist die Ministerkonferenz gegeben. Ist dies etwa alles im alten Sinne bereits vorgekommen? Nach der gestrigen Erklärung des Ministerpräsidenten Braun unterzeichnete sich das gegenwärtige, am 29. Februar gestellte Ministerium Braun in seiner Zusammenkunft nächste Regierung haben. (Große Unruhe links.) Abg. Dr. Seß (Ztr.) erklärt, das Zentrum halte nach wie vor an der bisher eingenommenen Haltung fest, daß die beste Lösung in Preußen die Wiederherstellung der großen Koalition sei. Wir sind der Meinung, die Angelegenheiten einer Verleumdung in Regierungsbereich in Preußen ausgereicht werden müssen, und solche Möglichkeiten sind vorhanden. (Ständemittel Brief links.)

Das ist nicht als ein tatsächlicher Ausbruch, sondern als ein solches Wort zu sprechen. Der Ministerpräsident wird

